

Positionspapier der GRÜNEN JUGEND Brandenburg 15.12.2022

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg sind wir frustriert und enttäuscht. Von Beginn an haben wir klargemacht: bei dem Bau eines Abschiebezentrums am BER ist für uns eine rote Linie erreicht.

Finanziell ist der Bau des Zentrums eine Katastrophe für Brandenburg, vergabetechnisch stehen skandalöse Vorwürfe weiterhin ungeklärt im Raum und menschlich ist ein solches Abschiebezentrum für uns nicht tragbar.

Auf dem Landesparteitag der Bündnisgrünen in Brandenburg hat sich die Partei eindeutig gegen das Abschiebezentrum positioniert und sich verpflichtet, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um den Bau des Abschiebezentrums am BER zu verhindern. Außerdem forderte die Partei die Streichung aller Haushaltsmittel für das sogenannte "Behördenzentrum". Bis zuletzt sind die Gelder jedoch im Haushalt erhalten geblieben und werden morgen formal, auch mit den Stimmen der bündnisgrünen Fraktion, formal beschlossen. Alle zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen hätte in letzter Konsequenz für uns auch geheißen, den Gesamt-Haushalt abzulehnen. Als GRÜNE JUGEND Brandenburg verurteilen wir einen Haushalt der Mittel für menschenverachtendes Prestigeprojekt beinhaltet auf das Schärfste. Wir distanzieren uns von der Entscheidung der Partei Bündnis 90/Die Grünen bzw. der Landtagsfraktion dem Haushalt zuzustimmen.

Wir müssen erkennen: Für innenpolitische Grundwerte der Partei Bündnis 90/Die Grünen gibt es in der Koalition mit SPD und CDU keinen Platz.

Grundlage der Arbeit innerhalb einer Regierungskoalition bildet immer der Koalitionsvertrag. Der Bau eines Abschiebezentrums war nie Teil des Koalitionsvertrags in Brandenburg. Im Gegenteil: Das Asylkapitel des Koalitionsvertrages beginnt mit dem Satz "Brandenburg ist ein weltoffenes und solidarisches Land". Der Bau eines Abschiebezentrums steht diesen Zielen und den Grundsätzen bündnisgrüner Innenpolitik offensichtlich entgegen.

Schon immer haben wir betont: Regieren ist für uns kein Selbstzweck!

Als GRÜNE JUGEND Brandenburg sehen wir keine Zukunft für diese Koalition. Für uns wäre es nun nur konsequent, die Koalition zu beenden. An einer bündnisgrünen Regierungsbeteiligung auf dem Rücken von Geflüchteten festzuhalten, ist mit unseren Zielen und unserem Verständnis von Politik nicht vereinbar.

Auch weiterhin stehen wir fest an der Seite zivilgesellschaftlicher Akteure, die den Stopp dieses absurden Projektes fordern. Wir werden nicht aufhören, den Druck aufrecht zu erhalten!

Wir haben als GRÜNE JUGEND in den letzten Wochen und Monaten ständig den Finger in die Wunde gelegt und eine breite Debatte innerhalb der Partei angestoßen. Aber auch in der Öffentlichkeit haben wir die Diskussion gemeinsam mit vielen Bündnispartner*innen geführt. Dass heute einige Abgeordnete und auch die Abgeordnete der Grünen Jugend dem Einzelhaushalt des MIK nicht zugestimmt haben, begrüßen wir.